

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und
Regionalentwicklung**

Dr. Christos Pantazis, MdL

zu TOP Nr. 39

Erste Beratung

Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3651

während der Plenarsitzung vom 15.05.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Pancescu, uns liegt heute ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, die Landesregierung darum zu bitten, sich auf Bundesebene sowohl für eine deutsche Unterzeichnung als auch für eine Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Atomwaffen einzusetzen. Weiterhin sollen sämtliche Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Sie beziehen sich in der Begründung - Sie haben das gesagt - auf den Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin, das vor ein paar Tagen eben dies beschlossen hat, nämlich den Einsatz des Senats auf Bundesebene für die deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages.

Sie hoffen sicherlich, dass Niedersachsen nun dem Berliner Beispiel folgt und sich ebenfalls dafür einsetzt.

Erlauben Sie mir, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, zunächst einmal eine Frage, bevor ich auf den Inhalt des Antrages eingehe. Wäre es denn nicht sinnvoller, den direkten Weg zu wählen und einen solchen Antrag durch Ihre Fraktion im Bundestag einzubringen?

Diese Parlamentsinitiative vom Landtag beschließen zu lassen, wirkt ein wenig so, als wolle man von hinten durch die Brust ins Auge. Glauben Sie mir als Arzt: Das tut weh.

Inhaltlich gehen wir d'accord. Wir wollen ebenso wie Sie eine nuklearwaffenfreie Welt - ohne Wenn und Aber.

Aber, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir halten diesen von Ihnen vorgeschlagenen Weg nicht für sinnvoll. Die Unterzeichnung des UN-Vertrages wird nicht dazu führen, dass auch nur ein einziger nuklearer Sprengkopf aus der Welt geschaffen wird. Solange keine der offiziellen und der De-facto-Atomkräfte diesen Vertrag unterschreibt und solange es keine effektive und transparente

Kontrolle gibt, werden wir unserem gemeinsamen Ziel nicht näher kommen können.

Natürlich ist es nicht sinnvoll, deswegen zu resignieren, die Hände in den Schoß zu legen und nichts zu tun. Unserer Meinung nach braucht es jedoch einen anderen Ansatz. Wir können praktische Fortschritte bei der Abrüstung nur im Dialog erzielen. Dabei müssen insbesondere die Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats unbedingt ins Boot geholt werden. Tatsache ist und bleibt, dass die USA und Russland über 90 Prozent der Nuklearwaffen besitzen und sich weder an den Verhandlungen über diesen Vertrag beteiligt haben noch auch nur im Entferntesten daran denken, diesen Vertrag zu unterschreiben. Ohne die aktive Mitwirkung der Nuklearwaffenstaaten wird es jedoch keine Fortschritte in der Abrüstung geben können. Dem werden Sie sicherlich zustimmen, Herr Kollege Pancescu.

In einer Zeit, in der die USA mühsam ausgehandelte Atomabkommen aufkündigen und die Fronten eher verhärten, denn zum Gespräch bereit zu sein scheinen, halten wir es nicht für zielführend, ein sofortiges Verbot von Atomwaffen zu fordern. Wir befürchten, dass dies der Situation nicht nützt, sondern im Gegenteil sogar den Atomwaffensperrvertrag schwächen könnte. Dieser ist für uns aber die Grundlage für sämtliche weiteren Maßnahmen, die schrittweise die erforderlichen Rahmenbedingungen für die nukleare Abrüstung schaffen und damit auch zu Vertrauensbildung, Verifikation und Transparenz beitragen können. Ohne Transparenz und effektive Kontrolle kann nicht sichergestellt werden, dass das Verbot eingehalten wird. Dies könnte in letzter Konsequenz zur Folge haben, dass die Unsicherheit bezüglich der tatsächlichen Intention mancher Staaten eher wächst als abnimmt.

Auch die in Deutschland stationierten taktischen Nuklearwaffen können nur im Rahmen erfolgreicher Abrüstungsgespräche abgezogen werden. Der ehemalige Außenminister Gabriel hat seinerzeit eine Beteiligung Deutschlands mit der Begründung abgelehnt, es sei - ich zitiere - nicht ehrlich, die Verhandlungen der UN zu begrüßen, selbst aber innerhalb der NATO das nukleare Gleichgewicht zu befürworten.

Wir setzen uns also bereits seit vielen Jahren gegenüber den Nuklearwaffenstaaten und in den internationalen Abrüstungsgremien für konkrete Fortschritte und deren Verifikation ein. Dies ist auch im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene so festgehalten; das ist ja auch ein Bundesthema. Deutschland hat ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben, solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung eine Rolle spielen.

Wir sollten nun nicht eine völlig neue Richtung einschlagen, sondern den bisherigen Weg weiterhin entschieden weiterverfolgen. Dann - davon bin ich überzeugt - werden wir unser Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt zügiger und effektiver erreichen als mit dem Unterzeichnen neuer Verträge, bei deren Aushandlung weder wir noch die Atommächte teilgenommen haben.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Ausschussberatungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.